

Inklusion - ein gemeinsamer Weg

Die Teilhabe am Leben soll für jeden möglich sein. Doch nicht immer ist es machbar und das Beste für den Einzelnen, gerade im Schulalltag, wo die Schulen und Lehrer auf die besonderen Bedürfnisse des Schülers eingehen können. Auch die räumlichen Gegebenheiten sind nicht immer angepasst an die einzelnen Bedürfnisse, was zum einen an dem Ausmaß der Behinderung liegt und zum anderen an dem Denkmalschutz vieler Gebäude, der die Umbaumaßnahmen kaum möglich macht.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, inwiefern der Denkmalschutz aufrecht erhalten werden soll, wenn inklusiv unterrichtet wird. So ist es wichtig, dass Hürden genommen werden, wie beispielsweise durch einen Fahrstuhl einbau oder die Vergrößerung der Sanitäranlagen. Auch in Kultureinrichtung, wie Schlössern und Museen, die streng denkmalgeschützt sind, sollen einer Prüfung auf Fördermittel für einen barrierefreien Umbau unterliegen.

Einen Eingriff, der offensichtlich in den Denkmalschutz des Gebäudes eingreift, lehnen wir hingegen ab.

Nur durch diese entsprechenden Maßnahmen ist Inklusion im körperbehinderten Bereich überhaupt möglich. Jedoch hat auch diese Grenzen und Förderschulen werden weiterhin benötigt. Gerade wenn ein Kind mehr als eine Behinderung hat und vermehrten Unterstützungsbedarf benötigt oder stark ausgeprägt körperbehindert ist und viel Liegezeit benötigt, sind Förderzentren unverzichtbar. Da es nur vier spezialisierte Schulzentren gibt und diese mit einer Internatsanbindung, welche ein Stundenlanges pendeln verhindern. Ob ein Schüler ein Kandidat für die Schulzentren ist, entscheidet nicht nur der Schularzt vom Amt, sondern auch die Regelschulen.

Zusätzlich gibt es noch Sonderpädagogen für Körperbehinderung, welche die Regelschulen beraten, sowohl was die Umsetzung der Inklusion vor Ort betrifft, als auch über die Umschulung ins Förderzentrum entscheidet. Dafür ist nicht nur das erfolgreiche Verfolgen des Schulstoff wichtig, sondern auch die Integrität in der Klasse. Diese ist nicht immer gegeben.

Besonders gegenüber Behinderten tritt Mobbing vermehrt auf, welches manchmal auch einen Schulwechsel in ein Förderzentrum notwendig macht. Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, gibt es in Schleswig-Holstein bereits den Anti-Mobbing-Tag, an denen Schulen freiwillig teilnehmen können. Die Schule kann selbst entscheiden, welche Angebote sie umsetzt. Zudem können die Schulen auch mit den unterschiedlichen Förderzentren kooperieren, welche dabei helfen, die unterschiedlichen Behinderungen nachzuvollziehen. Da jedoch nur ein Bruchteil der Schulen an diesem Tag teilnehmen, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass jede Schule bis zu 10. Klasse an dem Anti-Mobbing-Tag mit einer Aktion daran teilnimmt.

Um die Inklusion bei körperbehinderten durchführen zu können, benötigen die Schulen jedoch Fachkräfte mit dem Studiengang Körperbehindertenpädagogik. Dieser Studiengang wurde in Schleswig-Holstein abgeschafft und ist nun ausschließlich in Süddeutschland zu studieren. Da aber auch in den nordischen Bundesländern, in denen es den entsprechenden Bedarf gibt, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass auch im norddeutschen Raum, im besten Fall Schleswig-Holstein dieses Studienmodul eingeführt wird.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher,

- dass die Förderzentren erhalten bleiben und nicht jeder Schüler inklusiv unterrichtet wird.
- Einen verpflichtenden Anti-Mobbing-Tag in allen Schulen und, dass bis zur 10. Klasse regelmäßig ein Schwerpunkt auf Vielfalt und Inklusion gelegt wird.
- Die Einführung eines Studienmoduls für Körperbehindertenpädagogik in Norddeutschland
- Eine Reduktion der Hürden beim Denkmalschutz von Schulgebäuden für den Umbau zu barrierefreien Räumlichkeiten
- Die differenzierte Betrachtung auf Umbau zur Barrierefreiheit von Kultureinrichtungen, bei denen von einem Einriff in den Denkmalschutz abgesehen werden soll